

PIT Brandenburg

Schulische Prävention im Team

Präventionsbereich: Demokratie

INHALT

Präventionsfeld: Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus und rechte Gewalt.....	2
1. Problembeschreibung	2
2. Analyse	3
3. Lösungsansatz	6
4. Zielgruppen	8
5. Ziele	8
6. Inhaltliche Ausgestaltung	9
7. Anregungen für Unterricht und Schulleben	18
8. Medien für den Unterricht.....	18
9. Erweiterungsangebote	22
10. PIT- Ansprechpartner	24

Präventionsfeld: Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus und rechte Gewalt

1. Problembeschreibung

Was machen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus zu einem Problem für unsere Gesellschaft, für die Schulen, für Kinder und Jugendliche?

Der Rechtsextremismus widerspricht den Grundsätzen der freiheitlich demokratischen Grundordnung, indem er z. B. die Menschenrechte ablehnt, da er grundsätzlich annimmt, dass die Menschen ungleich sind. Aus realen oder nur behaupteten biologischen Unterschieden leitet er Aussagen über die Wertigkeit von Menschen, soziale Rangordnungen und politische Herrschaftsansprüche ab (Biologismus). Hier reicht sein Handlungsspektrum von der Ausgrenzung ethnischer Minderheiten durch Fremdenfeindlichkeit bis hin zum offenen Rassismus mit tätlichen Angriffen und der Ermordung von Menschen.

Der Rechtsextremismus strebt außerdem eine der Demokratie widersprechende autoritäre oder diktatorische staatliche Ordnung an, die hierarchisch aufgebaut ist (Führerprinzip). Er lehnt daher Gewaltenteilung, Parteienpluralismus, politischen Meinungsstreit zwischen Regierung und Opposition sowie demokratische Mehrheitsentscheidungen ab.

„In Brandenburg ist Rechtsextremismus auch zu einer Jugendkultur geworden. Daher verdient der subkulturell geprägte, gewaltbereite Rechtsextremismus besondere Aufmerksamkeit. Andererseits griffe man zu kurz, wenn man Rechtsextremismus lediglich als Jugendphänomen beschreiben würde. Denn militante, rechtsextremistische Jugendlichen wännen sich als Vollstrecker eines imaginierten Volkswillens, den manche von ihnen in den rechtsextremistischen Parteien verkörpert sehen.“¹

Die Verstöße gegen Gesetze, Verletzung und Tötung von Menschen und die Beleidigungen von Opfern des Nationalsozialismus sind die offensichtlichsten Gründe für die präventive Arbeit gegen den Rechtsextremismus.

Oft wird aber nicht bedacht, dass jugendliche Rechtsextremisten ebenso Opfer dieser Ideologie sind, denn der Rechtsextremismus, so bestätigen Aussteiger, zerrüttet Lebenswege, zerstört eine normale Jugend, raubt Neugierde und Offenheit für Neues. Eine gelungene Prävention auf diesem Gebiet bewahrt also nicht nur die Gesellschaft vor der zerstörenden Wirkung des Rechtsextremismus, sondern auch die potenziellen Täter.

Mitunter wird die Frage gestellt, ob man nicht etwas gelassener mit dem Thema „Rechtsextremismus“ umgehen sollte, da Länder wie Schweden oder die USA rechtsextremen Parteien weitaus liberaler begegnen als Deutschland und ihre Probleme trotzdem nicht größere Ausmaße angenommen hätten. Dem ist entgegenzuhalten, dass Deutschland sich diese Freiheit nicht erlauben sollte, da sein historischer Hintergrund sich von dem anderer Länder in einem entscheidenden Punkt unterscheidet. In der Zeit des Nationalsozialismus wurde Deutschland verantwortlich für den Tod von Millionen von Menschen. Aus dieser Vergangenheit entsteht für uns eine besondere Verantwortung in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Ideologien. Daher können wir nicht tolerieren, wenn Menschen diskriminiert, verletzt und getötet werden.

¹ Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2004, S. 29

2. Analyse

Rechtsextremismus ist in der Bundesrepublik Deutschland keine neue, sondern eine bereits Jahrzehnte bestehende Erscheinung. Heute begegnet uns Rechtsextremismus in unterschiedlichen Formen: rechte Jugendcliquen, Skinheadgewalt auf offener Straße, rechtsextreme Internetseiten, Demonstrationen, Kameradschaften, Parteien, die sogar in Parlamenten sitzen, Äußerungen von Schülerinnen und Schülern im Unterricht, Zeitungen, Plakate usw.

Neu am Auftreten rechter Gruppen und Parteien ist, dass klassische rechtsextreme Einstellungen wie Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit immer mehr verbunden werden mit aktuellen sozialen und ökonomischen Themen. Nicht mehr allein „Ausländer raus“, sondern auch die Arbeitsmarktlage und die Kritik an Globalisierung und Kapitalismus sind das Thema.

Der heutige Rechtsextremismus umfasst mehrere Elemente, die sich gegenseitig bestärken. Dazu gehören eine neue Jugend-, Alltags- und Gewalkultur, eine lockere, informelle Organisationsform, Lifestyle-Strömungen, aber ebenso fest organisierte Gruppen und gut ausgebildete, argumentationsgeübte Kader.

Insbesondere in Ostdeutschland haben die NPD und ähnliche Organisationen zielgerichtet den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen unterwandert sowie eigene Strukturen aufgebaut. Indem sie sich die Ängste und Befürchtungen vieler Menschen zunutze machen (z. B. Irak-Krieg, Osterweiterung der EU) ist Akzeptanz bis weit in die Mitte der Gesellschaft entstanden.

Diese Tendenzen wirken sich wie andere gesellschaftliche Entwicklungen natürlich auch auf die Situation an Schulen aus, für die selbstverständlich die Haltungen der Jugendlichen eine besondere Bedeutung haben. Rein äußerlich zumindest hat sich in den letzten Jahren einiges in vielen brandenburgischen Regionen geändert. Das von vielen als „klassisch“ angesehene rechtsextreme Outfit Springerstiefel, Bomberjacke, Glatze etc. ist auf Schulhöfen und im Straßenbild deutlich weniger wahrzunehmen als noch vor Jahren. Rechtsextrem zu sein, scheint heute wohl nicht mehr so „in“ zu sein. Doch vielleicht täuscht der äußere Eindruck. Auf Demonstrationen und anderen Veranstaltungen der rechten Szene ist zu beobachten, dass der Kleidungsstil mitunter dem der linken Szene angepasst wird. Die Lehrkräfte beobachten auch, dass die Schülerinnen und Schüler, die in rechtsextremen Organisationen engagiert sind, sich durch ein besonders korrektes und sauberes Outfit und Auftreten hervorheben. Die äußere Erscheinung lässt also keinen Rückschluss auf die Haltungen der Jugendlichen zu.

Zwei aktuelle Studien greifen tiefer, indem sie Jugendliche nach ihren Meinungen und Ansichten befragt haben. Ihre Ergebnisse machen Mut, da die Attraktivität des Rechtsextremismus für Jugendliche augenscheinlich tatsächlich abnimmt.

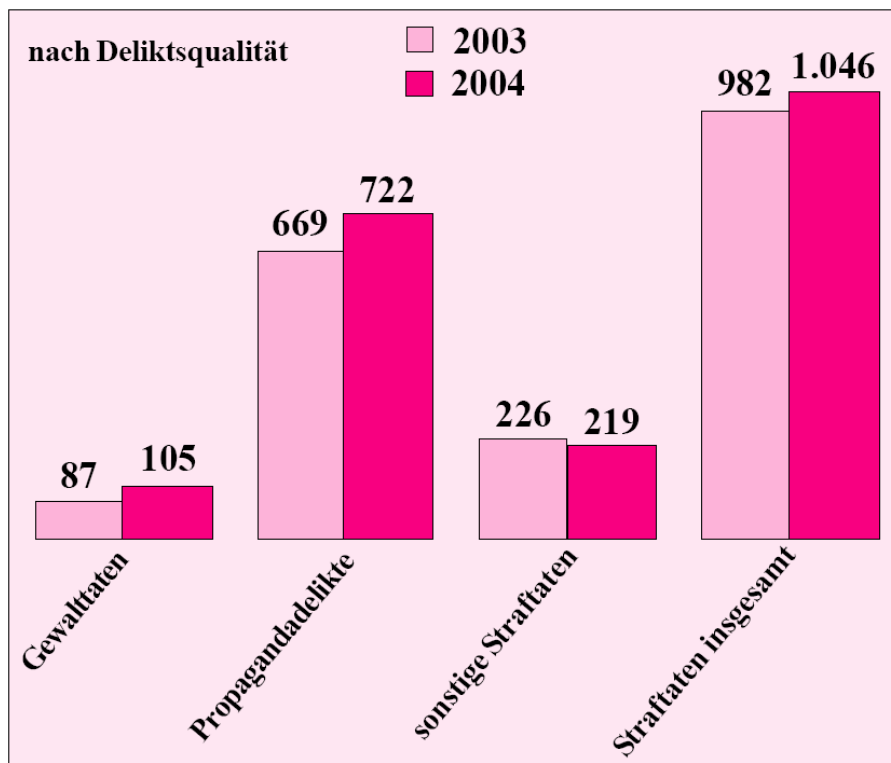
Die aktuelle Studie des Instituts für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung an der Universität Potsdam ergab: „Unter den brandenburgischen Jugendlichen ist der Anteil derer, die rechtsextremistische Positionen völlig ablehnen, seit 1993 stetig gewachsen: 1993 betrug dieser Anteil nur ein Drittel der Jugendlichen, 2005 schon mehr als die Hälfte. In den letzten fünf Jahren hat die Anzahl der Jugendlichen, die Rechtsextremismus völlig ablehnen, gegenüber den vorangegangenen Untersuchungszeiträumen am stärksten zugenommen; aber auch 2005 findet sich unter der Landesjugend ein „harter Kern“ von ca. 3% rechtsextremen Jugendlichen. Der Rückgang rechtsextremer Einstellungen korrespondiert mit einer Abnahme ausländerfeindlicher Einstellungen.“²

² „Jugend in Brandenburg 2005“ – Präsentation von Ergebnissen des Projekts „Jugend in Brandenburg“. Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung an der Universität Potsdam:
www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/media.php/1222/zeitreihenstudie_kurz.pdf

Die Jugendkulturen-Präferenzstudie 2004/2005 des Berliner Archivs der Jugendkulturen ergänzt dieses Bild, denn sie ergab, dass nur knapp drei Prozent der Befragten Sympathien für die rechte Szene äußerten, wobei hingegen 50 Prozent der Befragten ihr den ersten Platz auf der Antipathie-Skala gaben. Bei anderen Untersuchungen lag die Ablehnung der rechten Szene sogar zwischen 80 und 90 Prozent. „Entscheidende Gründe für die Ablehnung sind die extreme Gewaltbereitschaft, der oft ebenso extreme Alkoholkonsum und die rigiden autoritären Strukturen, die im Widerspruch zu zentralen jugendlichen Bedürfnissen nach bewussten Grenzüberschreitungen und Regeln stehen und selbstbewussten, individualistisch denkenden Jugendliche unattraktiv erscheinen – vor allem, wenn sie bereits andere Jugendkulturen kennen gelernt haben.“³

Trotz dieser eigentlich erfreulichen Entwicklung hat das Problem noch immer eine hohe Relevanz, wie die folgenden Grafiken des Verfassungsschutzes Brandenburg zeigen:

Rechtsextremistisch motivierte Straftaten in Brandenburg



³ http://www.splirtz.de/index.php?option=com_content&task=view&id=57&Itemid=56, 29.03.06

Mitgliederzahlen rechtsextremistischer Gruppierungen (z. T. geschätzt)

	Bundesrepublik Deutschland		Land Brandenburg	
	2003	2004	2003	2004
subkulturell geprägte, gewaltbereite Rechtsextremisten ¹	10.000	10.000	560	580
organisierte und unorganisierte Neonazis	3.000	3.800	220	300
NPD	5.000	5.300	180	130
DVU	11.500	11.000	230	230
REP ²	8.000	7.500	50	50
sonstige rechtsextremistische Organisationen ³	4.600	4.300	75	50
gesamt	42.100	41.900	1.315	1.340
Mehrfachmitgliedschaften	600	1.200	50	50
tatsächliches Personenpotenzial	41.500	40.700	1.265	1.290

¹ Die Zahl der subkulturell geprägten, gewaltbereiten Rechtsextremisten, darunter Skinheads, wird unter Berücksichtigung von Dunkelziffern und möglichen Doppelzählungen aus folgenden Teilgrößen errechnet:

- a) namentlich bekannte extremistisch motivierte Gewalttäter, die im Berichtsjahr straffällig geworden sind;
- b) bezifferbare Gruppen extremistisch motivierter, namentlich nicht bekannter Gewalttäter, die im betrachteten Jahr straffällig geworden sind;
- c) namentlich bekannte extremistisch motivierte Gewalttäter, die in vergangenen Jahren straffällig geworden und bei denen konkrete Anhaltspunkte für eine fortdauernde Gewaltbereitschaft gegeben sind;
- d) extremistisch orientierte Personen, denen keine einschlägigen Gewalttaten nachzuweisen sind, die aber auf Grund konkreter Einzelerkenntnisse (mutmaßliche Beteiligung an Gewalttaten, Verhalten, Äußerungen usw.) als gewaltbereit gelten müssen.

² Es kann nicht unterstellt werden, dass jedes einzelne Mitglied der REP rechtsextremistische Ziele verfolgt und unterstützt.

³ In den Vorjahren wurden die Mitglieder der JN in Brandenburg, anders als in den vom BMI veröffentlichten Zahlen, gesondert aufgeführt und von der vom Bund übermittelten Gesamtmitgliederzahl sonstiger Organisationen wieder abgezogen.

Insgesamt schätzt der Verfassungsschutz ein:

„Die Gesamtlage des Rechtsextremismus in Brandenburg gibt keinen Anlass zur Entwarnung, wie die Zunahme unter den Neonazis deutlich zeigt. Es ist auch davon auszugehen, dass die NPD nicht auf jegliches politisches Engagement in Brandenburg verzichten wird, auch wenn sie an den Wahlen nicht teilnimmt.“⁴

3. Lösungsansatz

„Politisch auseinander setzen“, „rechtlich verhindern“, „gesellschaftlich ächten“ – das alles kann hilfreich sein. Es sollten aber vor allem die Immunkräfte in der Gesellschaft gestärkt werden. Damit sind mündige Bürgerinnen und Bürger gemeint, die die wirksamsten Kräfte gegen Rassismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit sind. Mutiges Entgegenreten mit Augenmaß gegenüber Erscheinungsformen des Rechtsextremismus ist auch an den Schulen geboten: sich klar positionieren, Grenzen verdeutlichen, mit Unentschlossenen argumentativ arbeiten, dabei aber dem einzelnen Menschen Empathie und Respekt entgegenbringen. Das klingt nicht spektakulär, ist aber der Schlüssel zum Erfolg.

Die schulischen Möglichkeiten liegen vorrangig im präventiven Bereich, indem dem sozialen, demokratischen und interkulturellen Lernen im Schulalltag stärker als bisher Aufmerksamkeit geschenkt wird. Langjährige Erfahrungen haben gezeigt: Wenn präventive pädagogische Arbeit gerade in diesem Themenfeld gelingen soll, sind Langfristigkeit und Kontinuität wichtig. Daher wäre es sinnvoll, Prävention gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus und rechte Gewalt in das schuleigene Schulprogramm aufzunehmen.

Dabei sollte aber nicht unterschätzt werden, dass die Prävention in der Schule nur wenig bewirkt, wenn sie nicht von anderen gesellschaftlichen Bemühungen flankiert und unterstützt wird. Da die Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus und rechter Gewalt nur erfolgreich ist, wenn sie auf mehreren gesellschaftlichen Ebenen ausgetragen wird, sollte die Schule Teil zivilgesellschaftlicher Netzwerke sein. In einer Gemeinde ist es also wirksamer, wenn nicht nur die Schule mit ihren Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften sich mit der Prävention zu diesen Themen beschäftigt, sondern ebenso die Polizei, Sportvereine und die Freiwillige Feuerwehr. Prävention im Team, also eine koordinierte Zusammenarbeit, kann hier die positiven Effekte verstärken.

Um Enttäuschungen zu vermeiden, sollte allen Beteiligten allerdings bewusst sein, dass der Rechtsextremismus nicht durch eine kurze Intensivbehandlung zu heilen ist. Erst recht darf niemand hoffen, das unerträgliche Treiben verginge mit der Zeit von selbst. Ein Patentrezept jedoch gibt es nicht.⁵

Für die schulische Präventionsarbeit haben sich folgende Handlungskonzepte bewährt:

„Erfahrungslernen in einer demokratischen Schulkultur: Durch die Einbeziehung der Schülerinnen und Schüler in die Gestaltung von Schule und Unterricht lernen Kinder und Jugendliche, Verantwortung zu übernehmen, andere Meinungen zu achten. Kompromisse zu schließen und gewaltfreie Konfliktlösungen zu finden. Dazu dienen zugleich spezielle Programme zum sozialen Lernen oder zur Streitschlichtung.

Förderung politischer und ethischer Urteilsfähigkeit und Handlungskompetenzen: Politische Bildungs- und Aufklärungsarbeit bleiben weiterhin eine der Hauptaufgaben der Schule. Diese darf sich allerdings nicht in Belehrungen erschöpfen. vielmehr muss die Schule selbst zum

⁴ Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2004, S. 33

⁵ vgl. Schubarth, W.: Pädagogik gegen Rechts. Möglichkeiten des Umgangs mit Rechtsextremismus in Schule und Jugendarbeit;; www.mediageneration.net/jugendszene/buch12.pdf, 28.03.2006

demokratischen politischen Handeln in der Schule und ihrem Umfeld anregen. Hierzu können die verschiedenen Fächer, aber auch die Projektarbeit „Internationale Kontakte“ und das Schulleben insgesamt viel beitragen. Als fachübergreifende Aufgabe hat politische Bildung eine wichtige Aufklärungsfunktion, indem sie die Erfahrung vermittelt, dass es in einer komplexen Welt erkennbare Strukturen und Zusammenhänge gibt, die zu beeinflussen sind.

Immunisierende Einsichten vermitteln: Wirksamer als konkrete Unterrichtseinheiten zum Thema „Rechtsextremismus“ ist die Vermittlung von Einsichten und Erkenntnissen über Gesellschaft und Politik, die rechtsextremen Denkweisen widersprechen und so immunisierend wirken bzw. bei rechtsorientierten Jugendlichen kognitive Dissonanzen stiften können. Dazu bedarf es bestimmter Grundqualifikationen, z. B. Empathiefähigkeit (Fähigkeiten zum Perspektivenwechsel), Rollendistanz (kritische Prüfung zugemuteter Anforderungen). Ambiguitätstoleranz (Fähigkeit zum Ausbalancieren uneindeutiger Situationen) und kommunikative Kompetenz, die die Schule befördern kann.

Interkulturelles Lernen fördern: Die Schule kann viel dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche unterschiedlicher Kulturen gemeinsam miteinander und voneinander lernen. Dies darf sich nicht nur auf gemeinsame Feste beschränken, sie muss vielmehr auf individuelle, auch problematische Erfahrungen in der Gesellschaft reagieren. Die Palette der Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit ist vielfältig und reicht von der Beschäftigung mit anderen Ländern im Unterricht bis zur Verleihung des Prädikats „Schule ohne Rassismus“.

Mit rechtsorientierten Schülerinnen und Schülern im Gespräch bleiben, Widerpart sein: Die Verweigerung von Gesprächsbereitschaft führt zur Verfestigung des rechtsextremen Weltbildes, weil den Schülerinnen und Schülern erneut das Gefühl vermittelt wird, nicht ernst genommen zu werden. Gesprächsbereitschaft heißt aber nicht Nachgiebigkeit in der Sache. Erfolg versprechend ist, wenn die Lehrkräfte vorleben, wie Konfrontation in der Sache mit persönlichem Respekt vereinbar ist.

Das Sozialklima und die Lernkultur entwickeln: Dadurch werden die Gemeinschaft gefördert und soziale Bindungen hergestellt. Dazu bedarf es der Entwicklung sozialer Kompetenzen sowohl bei Schülerinnen und Schülern als auch bei den Lehrkräften. Differenzierte Arrangements für Lernen und Erfahrung können überhöhten Leistungsdruck vermeiden helfen und Ausgrenzungen sowie Schulversagen verhindern.

In diesem Zusammenhang sind auch aktuelle Befunde der schulbezogenen Gewaltforschung von Bedeutung, die nachdrücklich belegen, wie eng der Zusammenhang zwischen dem Schulklima und der schulischen Gewaltbelastung ist⁶. Ebenso für den Rechtsextremismus kann deshalb angenommen werden, dass eine „gute Schule“ weniger Probleme mit Rechtsextremismus aufweist. In diesem Sinne ist eine erfolgreiche Schulentwicklung zugleich wirksame Rechtsextremismusprävention. Die Befunde machen außerdem deutlich, dass die Schule angehalten ist, Prozesse der Identitätsbildung der Schülerinnen und Schüler stärker in den Vordergrund zu rücken. In Zeiten zunehmender Individualisierung bedarf es vor allem ich-starker Jugendlicher, die es gelernt haben, mit Konflikten umzugehen, und die es nicht nötig haben, ihre Identität durch Gewalt gegenüber Schwächeren zu behaupten. Da die Schule jedoch größere Erziehungsdefizite kaum kompensieren kann, ist sie auf die Kooperation mit anderen Partnern wie Familie, Jugendhilfe, Vereine, Kommunen usw. angewiesen.⁷

Aus diesem Grunde soll auch das Projekt „Schule ohne Rassismus–Schule mit Courage“ besonders herausgehoben werden. Es ist ein durch Schülerinnen und Schüler verantwortetes, schulumfassendes Mehr-Ebenen-Projekt mit nachhaltiger Wirkung. Es ist das einzige Projekt, das in diesem Umfang von Schülerinnen und Schülern verantwortet

⁶vgl. Forschungsgruppe Schulevaluation: Gewalt als soziales Problem an Schulen. Opladen 1998; Tillmann, K.-J. u. a. Schüलगewalt als Schulproblem. Weinheim / München 1999

⁷ Informationen für die Schule und die außerschulische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen: Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt, S. 164 ff.

wird. Immerhin haben bisher 20 Schulen im Land Brandenburg das Label „Schule ohne Rassismus“ erhalten. (mehr dazu unter :

<http://www.bildung-brandenburg.de/index.php?id=473>)

4. Zielgruppen

Pädagogische Konzepte gegen Rechtsextremismus setzen differenziert an und zielen auf unterschiedliche Adressatengruppen. Folgende Zielgruppen können unterschieden werden, wobei die Übergänge zwischen den Gruppen fließend sind. Auch Prävention und Intervention liegen mitunter dicht beieinander und gehen ineinander über:⁸

so genannte normale Kinder und Jugendliche: Diese Gruppe ist die zahlenmäßig größte in den Schulen des Landes. Indem Toleranz und Demokratiefähigkeit dieser Kinder und Jugendlichen gefördert werden, wird rechtsextremem Denken und Verhalten vorgebeugt. Diese primäre Prävention bildet den Schwerpunkt schulischer Arbeit gegen Rechtsextremismus. Bereits in der Grundschule können die Schülerinnen und Schüler durch soziales Lernen gegen Rechtsextremismus immunisiert werden. Pädagogische Arbeit ist ab der Jahrgangsstufe 3 bis zur Sekundarstufe II wichtig und erfolgreich;

rechtsorientierte Jugendliche ohne feste Cliquenbindung: Diese Jugendlichen sind aktiv in verschiedene Formen der schulischen Arbeit einzubeziehen. Insbesondere muss die Schule ihnen Möglichkeiten eröffnen, prosoziale Erfahrungen zu machen z. B. durch sport-, abenteuer- oder erlebnispädagogische Ansätze. Außerdem kann gezielte Aufklärungsarbeit der Verfestigung rechtsextremer Haltungen entgegenwirken und demokratische Denkweisen fördern. Mit kontext- und individuumsbezogenen Maßnahmen tritt hier neben die primäre die sekundäre Prävention;

Jugendliche in rechtsextremen Cliquen, rechtsextremen Kameradschaften bzw. Organisationen: Hier hat die Schule kaum Einflussmöglichkeiten. Bei diesen Jugendlichen hat Prävention offensichtlich versagt. Auch eine außerschulische Sozialarbeit kann hier nur Aussteiger beraten und begleiten.

Außerdem ist es sinnvoll, Eltern und Lehrkräfte auf Fortbildungen aktuell über die rechte Szene zu informieren, damit sie frühzeitig problematische Entwicklungen bei Kindern und Jugendlichen erkennen können.

5. Ziele

Allgemeine Ziele:

Wesentliches Ziel ist es, die Kinder und Jugendlichen durch den Erwerb von Lebenskompetenz immun gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus zu machen. Durch die Förderung eines stabilen Selbstwertgefühls, die Entwicklung von moralischer Urteilskompetenz und politischer Mündigkeit, die Vorbereitung auf die ethnische und kulturelle Pluralisierung der Gesellschaft, die Befähigung zum kritischen Umgang mit veröffentlichter Meinung, die Entwicklung von alternativen Verarbeitungsformen von Konflikt- und Problemlagen und von Kompetenzen beim Umgang mit Unsicherheiten, Ängsten sollen, die Schülerinnen und Schüler gestärkt werden, gegenüber einfachen Erklärungen und Sündenbock-Mechanismen skeptisch zu sein und ihnen widerstehen zu können.

Spezielle Ziele im Unterricht

⁸ vgl. Krafeld, F. J., Möller, K., Müller, A. (1993) : Jugendarbeit in rechten Szenen. Ansätze-Erfahrungen-Perspektiven Bremen; Schubarth, W. (2000): Gewaltprävention in Schule und Jugendhilfe. Neuwied-Kriftel

- Die Schülerinnen und Schüler entwickeln ein grundlegendes und handlungsleitendes Bewusstsein zu den universell geltenden und unaufgebbaren Prinzipien körperlicher und psychischer Unversehrtheit und freier Persönlichkeitsentfaltung unter Beachtung der Persönlichkeitsrechte anderer.
- Schwerpunkt: Perversion der Menschenrechte im Nationalsozialismus.
- Sie erkennen die Verwirklichung von Menschenrechten im Kleinen wie im Großen als einen konflikthaften Prozess.
- Schwerpunkt: Konflikte und Konfliktregulierung – Streitschlichtung, Konfliktanalyse und -regelung in der Schule.
- Sie eignen sich grundlegende Kenntnisse zu den kulturellen und rechtlichen Normen an, die ein zivilisiertes Zusammenleben regeln.
- Schwerpunkt: straf- und zivilrechtliche Sanktionen – Umgang mit Regelverstößen unterschiedlicher Schwere; Täter-Opfer-Ausgleich.
- Sie lernen und erfahren an lebensweltlichen Beispielen, dass die Auseinandersetzung mit Unvertrautem und nicht Gewolltem notwendiges Element der Persönlichkeitsentwicklung ist, und begreifen, dass moderne Gesellschaften offen und dynamisch sind.
- Schwerpunkt: Umgang mit Unbekanntem und Fremdem als (schul)alltägliche Strategie zum Lernen und zur Persönlichkeitsbildung; Perspektivenwechsel: das Eigene im Fremden – gemeinsame Probleme, kulturell unterschiedliche Lösungsweisen – unterschiedliche Wahrnehmungen und Identitäten aus Täter- / Opfererfahrungen.
- Sie lernen, extremistische und rassistische Scheinverlockungen in ihren vielen Erscheinungsformen zu erkennen, und entwickeln Fähigkeiten, argumentativ und engagiert damit umzugehen.
- Schwerpunkt: Erscheinungsformen, Ursachen und Umgang mit Extremismen und Rassismus – kritische Auseinandersetzung mit Rassekonzepten einschließlich neuer gentechnischer Implikationen⁹

6. Inhaltliche Ausgestaltung

Ursachen

Die Forschung über Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus zeigt, dass die Frage nach der Ursache zu keiner befriedigenden Antwort führt. Aus diesem Grund soll an dieser Stelle skizzenhaft ein Ursachenbündel aufgezeigt werden, das unterschiedliche Beobachtungen zusammenführt:

- Der Prozess der fortschreitenden Globalisierung mit seinen Chancen und Risiken ist mehr und mehr verbunden mit beschleunigten sozialen Veränderungen und damit mit einer Beschleunigung des Wandels der Lebensverhältnisse des Einzelnen. Leistungsgrenzen und Anpassungsschwierigkeiten in einer immer komplexer und differenzierter sich gestaltenden Gesellschaft können zu Verunsicherung und Angst führen. Auf der Suche nach einer Orientierung kann diese in die Flucht in eine einfache, klare, überschaubare, aber verkürzende Weltdeutung führen. Das rechtsextreme Milieu in Gestalt einer Gruppe lässt sich so als eine erfahrbare Antwort auf Identitätsprobleme mit der modernen Gesellschaft darstellen. Die Gruppe suggeriert vermeintliche Stärke,

⁹ vgl. Materialien zur Rahmenlehrplanimplementation „Über das Fach hinaus – fachübergreifender, fächerverbindender Unterricht und die Übergreifenden Themenkomplexe (ÜTK)“, Planungsgrundlage

Autorität, Kameradschaft und Pflichterfüllung, wobei Konflikte nach außen auch mit Härte und Gewalt, insbesondere gegenüber Schwachen und Randgruppen, ausgetragen werden.

Die Verknüpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit mit einer komplexer werdenden Gesellschaft ist keineswegs zwingend. Jedoch können unter bestimmten Voraussetzungen Verunsicherung, Ohnmachtgefühle und Vereinzelungserfahrungen Anschlussstellen für rechtsextremistische Orientierungen werden.

- Gründe für die in den neuen Bundesländern stärker ausgeprägten rechtsextremistischen Einstellungen gegenüber denen in den alten Bundesländern liegen sowohl in Nachwirkungen der DDR-Gesellschaft als auch in negativen Folgen der deutschen Wiedervereinigung.
Darüber hinaus ist der mit der Wende eingeleitete gesellschaftliche Wandel auch mit enttäuschten, nicht eingelösten Erwartungen an die Gesellschaft, mit Verlust von Werten und sozialer Sicherheit, mit der Entwertung von Qualifikation und Lebensleistung, mit Arbeitslosigkeit verbunden – Faktoren, die in den Familien nicht ohne Wirkung auf die nachwachsende Generation geblieben sind. Wenn in diesem Kontext komplizierte Zusammenhänge unzulässig vereinfacht werden und die Wirklichkeit selektiv wahrgenommen wird, dann können bei der Suche nach Sündenböcken fremdenfeindliche Einstellungen geweckt bzw. gestärkt werden.
- Desintegrations- oder Deklassierungserfahrungen allein lassen sich nicht als Erklärungsmuster für rechtsextremistische Orientierungen und autoritäres Verhalten anführen. Die Verabsolutierung von Leistung, die Infragestellung des Solidarprinzips einer Gesellschaft und die Stigmatisierung der sozial Schwächeren (Asylbewerber, Aussiedler, Obdachlose, Behinderte) untergraben ein vorurteilsfreies, fremdenfreundliches und gewaltfreies Zusammenleben.
- Ursachen für die Entstehung und Ausbreitung von Gewalt und Rechtsextremismus liegen auch im gesellschaftlichen und politischen Klima begründet. Die Schwellen der Gewaltanwendung sind unter dem Zerfall gesellschaftlicher Konventionen gesunken, sodass Gewalt u. a. in der Sprache, im Straßenverkehr, in Sport und Freizeit, in den Medien, in den Schulen und an den Stammtischen zu einer alltäglichen Erfahrung geworden ist. Selbst im Raum der Politik und der Medien polemisch geführte Auseinandersetzungen bzw. oberflächlich gestaltete Diskussionen über Asyl, Einwanderung und Integration können, wenn auch ungewollt, zur Förderung fremdenfeindlicher und rassistischer Orientierungen beitragen. Darüber hinaus führt die Überbetonung des Pluralismus der Meinungen in der Gesellschaft gerade bei jungen Menschen zur Nivellierung von Werten.¹⁰

Erscheinungsformen

Fremdenfeindlichkeit / Rassismus

„Der Begriff Fremdenfeindlichkeit reflektiert vielfältige Aspekte von ausgrenzenden Mechanismen bis hin zu menschenverachtenden und verfassungsfeindlichen Einstellungen und Handlungen. Die Verbindung zum Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wird u. a. darin deutlich, dass fremdenfeindliche Straftaten gegenwärtig das Erscheinungsbild des Rechtsextremismus prägen. Daneben sind fremdenfeindliche

¹⁰ aus: Bistum Erfurt: „Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in Thüringen“. Stellungnahme des Kommissariates der Bischöfe in Thüringen im Rahmen des öffentlichen Anhörungsverfahrens des Innenausschusses zum Thema „Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in Thüringen“ am 09. November 2000 im Thüringer Landtag; andere Erklärungsansätze von Rechtsextremismus gliedern sich auf in psychologische, soziale und politische Deutungsmuster

Haltungen und Straftaten aber auch Ausdruck einer Abneigung gegenüber Asylbewerbern und Zuwanderern und damit Symptom einer unbestimmten Angst vor „Überfremdung“. Fremdenfeindlichkeit schließt Ausländerfeindlichkeit ein und bezieht sich insofern auf einen aktuell wesentlichen Aspekt, der die verschiedenen Ressentiments gegenüber Menschen anderer Nationalität charakterisiert, jedoch auch andere als fremd erscheinenden Menschen betrifft. Tatsächliche oder vermeintliche Anknüpfungspunkte sind Nationalität und Volkszugehörigkeit, Rasse und Hautfarbe, Religion und Weltanschauung, Herkunft sowie Merkmale des äußeren Erscheinungsbildes. Bestritten wird ein Bleibe- oder Aufenthaltsrecht im näheren Wohnumfeld oder in der gesamten Bundesrepublik Deutschland, wobei auch ein rechtlich gesicherter Aufenthaltsstatus nicht anerkannt wird. Fremdenfeindlichkeit und Ausländerfeindlichkeit sind Ausdruck verallgemeinernder Einstellungen und Vorurteile, die häufig nicht mit Erfahrungen zu belegen sind. Betroffen sind z. B. Menschen, die seit ihrer Geburt in Deutschland leben. Nicht betroffen sind dagegen Ausländerinnen und Ausländer, die als so genannte „gute Ausländer“ (etwa aus anderen europäischen Wohlstandsländern) gelten. Insofern sind Fremdenfeindlichkeit und Fremdenhass auch als Ausgrenzung bestimmter Gruppen zu verstehen, die als „fremd“ konstruiert werden. Teilweise wird dies mit einer „anthropologischen Konstante“ erklärt, der im Ursprung existenzielle Ängste entsprechen. Zugrunde liegen vielfältige Mechanismen und Orientierungen, die keineswegs nur mit einem ökonomisch oder sozial bedrohten Status Unterprivilegierter zu verbinden sind und damit auf das gesellschaftliche Zentrum der politischen und sozialen Kultur verweisen. Fremdenfeindlichkeit und Ausländerfeindlichkeit werden danach auch als Form eines Wohlstandschauvinismus betrachtet, der vom Standpunkt einer Überlegenheits- oder Dominanzkultur Distanzierungsleistungen für den Stuserhalt und für ein dem Konventionalismus verpflichteten Selbstverständnis verlangt. Fremdenfeindlichkeit in Form der Ausländerfeindlichkeit erweist sich als zentrales Moment rechtsorientierter Jugendlicher und spiegelt auch reale Ängste vor gesellschaftlichen Modernisierungsschüben (z. B. Globalisierung), technischem Wandel sowie sich verändernden Werte- und Sozialstrukturen, für die Fremde und Ausländerinnen und Ausländer bewusst oder unbewusst zum Symbol werden.“¹¹

Fremdenfeindlichkeit, auch Ethnozentrismus genannt, bedeutet, dass die Eigenschaften der eigenen Volksgruppe besonders hoch bewertet werden; dem entspricht die Neigung, fremde Volksgruppen zu benachteiligen oder gar auszugrenzen.

Man unterscheidet zwei Varianten:

- die ethnisch motivierte Fremdenfeindlichkeit
Fremde Volksgruppen werden diskriminiert, ohne dass ihre Eigenschaften grundsätzlich abgewertet würden.
- die sozioökonomisch motivierte Fremdenfeindlichkeit
Mitglieder fremder Volksgruppen werden nicht prinzipiell diskriminiert, ihnen soll aber die Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand im eigenen Land verwehrt werden.

Eine Jenaer Forschungsgruppe um Prof. Dr. Wolfgang Frindte unterschied in ihrer ländervergleichenden empirischen Jugendstudie von 1996-1998 drei verschiedene Typen von Fremdenfeindlichkeit:

- **„eliminatorische Fremdenfeindlichkeit“**
Fremde und Ausländer sollen aus dem deutschen Lebensraum ausgeschlossen werden.
- **„assimilatorische Fremdenfeindlichkeit“**
Ausländer werden als Bedrohung des eigenen Lebensraumes (Konkurrenzen auf dem

¹¹ Rundschreiben 3/01 vom 16. Januar 2001: Ordnungsrechtliche Grundsätze zum schulischen Konzept gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Anlage 1
(http://www.landesrecht.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=andbb_ids_test_eval01.c.5963.de)

Arbeits- und Beziehungsmarkt) wahrgenommen. Die Verantwortung für die Ausländerfeindlichkeit wird den Ausländern selber zugeschoben. Ausländer hätten sich dem einheimischen Lebensraum anzupassen.

- **„Fremdenangst“**
Charakteristisch für sie ist die Forderung nach Anpassung, gleichzeitig aber auch die Besorgnis, Ausländer könnten sich in Deutschland heimisch fühlen.¹²

Fremdenfeindliche Einstellungen sind nicht von vornherein rechtsextremistisch. Auf Ressentiments, diskriminierende Äußerungen und Ablehnung gegenüber Ausländern stößt man auch bei Anhängern und Wählern demokratischer Parteien. Solche Einstellungen unterstützen ein Klima, in dem der Rechtsextremismus gedeihen kann. Sie begünstigen ihn, sei es auch ungewollt.

Eine Straftat gilt als fremdenfeindlich, wenn das Opfer wegen seiner Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion oder Herkunft angegriffen wurde.

Antisemitismus

Antisemitismus ist eine ablehnende, negative Einstellung zu Juden, die gemeinhin als Hass gegen Juden oder Judenfeindschaft bezeichnet werden kann. Darunter fällt jede Herabsetzung von Juden anhand künstlich konstruierter physischer oder moralischer Bewertungskriterien.

Rhetorische und physische antisemitische Handlungen richten sich auf wirkliche oder vermeintliche Juden und/oder gegen ihr Eigentum oder gegen Institutionen jüdischer Gemeinden und religiöse Einrichtungen.

Zusätzlich können solche Ausbrüche auch den Staat Israel zum Ziel haben, wenn er als jüdisches Kollektiv gesehen wird. Häufig wird das negative Bild von „dem Juden“ heute übertragen auf „den Israeli“.

Antisemiten sehen Juden nicht als Individuen, sondern als Gruppe, die vermeintlich gemeinsame schlechte Eigenschaften besitzt; danach wären Juden von Natur aus nicht nur teilweise, sondern gänzlich schlecht, das heißt, ihre schlechten Eigenschaften sind demnach nicht korrigierbar. Sie bringen angeblich nur Unglück in ihre „Gastbergesellschaften“ oder gar in die ganze Welt (Weltverschwörungsfantasien). Dies tun sie obendrein noch im Geheimen, weshalb Antisemiten sich verpflichtet fühlen, den unterstellten konspirativen, schlechten Charakter der Juden zu demaskieren („Die Protokolle der Weisen von Zion“).

Dem Antisemitismus sind Teile der ausgrenzenden rassistischen Verhaltensmuster immanent, die sich im Allgemeinen gegen Minderheiten richten. Wichtigster Unterschied zu anderen rassistischen Einstellungen ist, dass „den Juden“ Macht und Einfluss zugeschrieben werden. Das Spezifische des Phänomens „Antisemitismus“ jedoch kann nicht erfasst werden, wenn es immer nur als Teil von Rassismus und Xenophobie begriffen wird.

Juden sind im Gegensatz zu anderen Minderheiten – zumindest in den meisten Ländern Europas – nicht sozial ausgegrenzt, sie haben Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen, sind in Arbeit und Beschäftigung gleichgestellt.

Weltverschwörungstheorien, instrumentalisierte Holocaustleugnung, Antizionismus und Ausgrenzung von Juden als vermeintlich Verantwortliche für die israelische Politik sind Elemente eines Stereotypenkatalogs, die nicht mit der Diskriminierung von Minderheiten im Allgemeinen gleichgesetzt werden können.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist ein so genannter sekundärer Antisemitismus zu beobachten, der den Juden vorwirft, aus der Vergangenheit Vorteile zu ziehen. Es wird

¹² nach: http://www.verfassungsschutz-brandenburg.de/sixcms_upload/media/17/fremdenfeindlichkeit.pdf, 26.04.06

gefordert, endlich einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu setzen, ausgedrückt im Unwillen, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören und die Verbrechen an den Juden auch heute noch vorgehalten zu bekommen. Zweifellos soll hiermit die Entschuldung der deutschen Vergangenheit betrieben werden.

Mitunter wird auch eine Umkehr des Täter / Opfer Schemas deutlich, indem behauptet wird, dass die Juden sich separieren wollen, Vorteile aus dem Holocaust ziehen und sich in der Auseinandersetzung mit den Palästinensern genauso schlecht verhalten wie die Nazis.

Zeitgenössische Beispiele von Antisemitismus im öffentlichen Leben, in den Medien, Schulen, am Arbeitsplatz und im religiösen Bereich können folgende Elemente enthalten (die Liste ist nicht vollständig):

- im Namen einer radikalen Ideologie oder einer extremistischen religiösen Sicht aufrufen, helfen oder rechtfertigen, Juden zu töten oder ihnen zu schaden;
- das Äußern entmenschlichender, dämonisierender oder stereotyper Vorurteile über Juden, wie etwa den Mythos einer jüdischen Weltverschwörung oder Behauptungen über eine jüdische Kontrolle der Medien, der Wirtschaft, der Regierung oder anderer gesellschaftlicher Einrichtungen.

Am auffälligsten weisen antisemitisch motivierte Ausschreitungen junger Menschen (z.B. Grabschändungen und Anschläge auf Synagogen) auf ein jüdenfeindliches Potenzial hin, das häufig jedoch unreflektiert ist und sich aus vielfältigen Ursachenzusammenhängen ergibt. Zumeist kann es noch nicht mit bestimmten rechtsextremen Ideologievarianten oder einem reflektierten Antisemitismus in Übereinstimmung gebracht werden.

Rechtsextremismus

„Rechtsextremisten sind Gegner der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Sie vertreten eine völkische Staats- und Rechtsidee („Ideologie der Volksgemeinschaft“), die gegen die Menschen- und Bürgerrechte verstößt, und verachten die Werte der Demokratie. Zwar ist der Rechtsextremismus in Deutschland nicht homogen, aber die folgenden Grundüberzeugungen sind allen Rechtsextremisten gemeinsam:

- Rechtsextremisten sind von der Vorstellung geprägt, dass die ethnische Zugehörigkeit zu einer Nation oder Rasse die größte Bedeutung für das Individuum besitzt. Ihr sind alle anderen Interessen und Werte untergeordnet. Aufgrund ihres Rassismus und Nationalismus lehnen Rechtsextremisten die für die freiheitliche demokratische Grundordnung fundamentale Gleichheit aller Menschen ab und wollen den auf dem Prinzip gleicher Rechte beruhenden Verfassungsstaat abschaffen.
- Rechtsextremisten sind antisemitisch und fremdenfeindlich eingestellt. Sie wollen Juden und Ausländer aus Deutschland vertreiben, weil sie ihrer Meinung nach weder national noch kulturell zum deutschen Volk gehören. Viele Rechtsextremisten glauben an die antisemitische Verschwörungstheorie von der vermeintlichen Weltherrschaft der Juden. Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit führen bei vielen Rechtsextremisten zu Verstößen nach § 130 StGB (Volksverhetzung), aber auch zu schweren Gewaltstraftaten gegen Minderheiten.
- Rechtsextremisten wollen eine autoritäre oder diktatorische staatliche Ordnung einführen, die nach hierarchischen Prinzipien aufgebaut ist („Führer und Gefolgschaft“). Daher lehnen sie die Gewaltenteilung, Parteienpluralismus, politischen Meinungsstreit zwischen Regierung und Opposition sowie demokratische Mehrheitsentscheidungen ab.
- Rechtsextremisten verschweigen, verharmlosen oder leugnen die Verbrechen, die von Deutschen unter nationalsozialistischer Herrschaft verübt worden sind. Dagegen betonen sie die angeblichen Leistungen und Errungenschaften des „Dritten Reiches“ und wollen die Folgen des Zweiten Weltkrieges rückgängig machen (Revisionismus).

- Angesichts der vielfältigen Ausprägungen des Rechtsextremismus ist es nicht sachgerecht, Rechtsextremisten unterschiedslos als „Nazis“ oder „Neonazis“ zu bezeichnen. Den deutschen Nationalsozialismus und seine Gewaltherrschaft von 1933 bis 1945 betrachten nur die so genannten Neonationalsozialisten als fortgeltendes Leitbild. Im Wesentlichen unterscheiden wir vier Personengruppen im rechtsextremistischen Spektrum:
- subkulturell geprägte, gewaltbereite Rechtsextremisten,
- Neonationalsozialisten, auch Neonazis genannt,
- Mitglieder rechtsextremistischer Parteien und Vereinigungen,
- Mitglieder rechtsextremistischer Weltanschauungsgemeinschaften und intellektueller Zirkel,
- Inhaber und Betreiber rechtsextremistischer Verlage und Vertriebsdienste.

Im Land Brandenburg ist Rechtsextremismus auch zu einer Jugendkultur geworden. Daher verdient der subkulturell geprägte, gewaltbereite Rechtsextremismus besondere Aufmerksamkeit. Andererseits griffe man zu kurz, wenn man Rechtsextremismus lediglich als Jugendphänomen beschreiben würde. Denn militante, rechtsextremistische Jugendcliquen wännen sich als Vollstrecker eines imaginierten Volkswillens, den manche von ihnen in den rechtsextremistischen Parteien verkörpert sehen.¹³

Rechtsextremismus hat viele Gesichter: von Hakenkreuzschmierereien, umgestürzten Grabsteinen, fremdenfeindlichen Witzen bis hin zu Übergriffen auf Ausländer, Leugnung des Völkermordes, Aufmärschen oder dem Zeigen von NS-Abzeichen und NS-Aufnähern.

Rechtsextreme Gewalt richtet sich insbesondere gegen Menschen mit ausländischem Aussehen, Menschen jüdischen Glaubens oder in Einzelfällen gegen politisch Andersdenkende oder sozialschwache Opfer, z. B. Obdachlose.

Die strafrechtliche Relevanz des Phänomens wird durch mehrere Begriffe definiert:

Hasskriminalität

Hasskriminalität bezeichnet politisch motivierte Straftaten, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und / oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen eine Person gerichtet sind wegen ihrer / ihres

- politischen Einstellung,
- Nationalität,
- Volkszugehörigkeit,
- Rasse,
- Hautfarbe,
- Religion,
- Herkunft,
- äußeren Erscheinungsbildes,
- Behinderung,
- sexuellen Orientierung,
- gesellschaftlichen Status

¹³ aus: Verfassungsschutzbericht Land Brandenburg 2004, S. 28 f.

und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution / Sache oder ein Objekt richtet.

Der Begriff „Hasskriminalität“ ist an den international eingeführten Begriff „Hate-Crime“ angelehnt. Antisemitische und fremdenfeindliche Straftaten sind Bestandteile der Hasskriminalität, sollen aber wegen ihrer Bedeutung und der bisherigen Erfassungspraxis gesondert betrachtet werden.

Fremdenfeindliche Straftaten

Fremdenfeindlich ist der Teil der Hasskriminalität, der aufgrund der tatsächlichen oder vermeintlichen

- Nationalität,
- Volkszugehörigkeit,
- Rasse,
- Hautfarbe,
- Religion,
- Herkunft

des Opfers verübt wird.

Antisemitische Straftaten

Antisemitisch ist der Teil der Hasskriminalität, der aus einer antijüdischen Haltung heraus begangen wird.

Politisch motivierte Kriminalität – rechts

Politisch motivierter Kriminalität – rechts – werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und / oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung (z. B. nach Art der Themenfelder) einer rechten Orientierung zuzurechnen sind, insbesondere wenn Bezüge zu

- völkischem Nationalismus,
- Rassismus,
- Sozialdarwinismus,
- Nationalsozialismus

ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (Extremismus) zum Ziel haben muss.

Extremistische Kriminalität

Der extremistischen Kriminalität werden Straftaten zugeordnet, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind; d. h. darauf, einen der folgenden Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen:

- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,

- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,
- die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Erläuterung:

Die Definition des Begriffs „Extremistische Kriminalität“ orientiert sich eng an § 4 Absatz 1, Buchstabe c) und Absatz 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes.

(vgl. „Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes, Bürger und Polizei gemeinsam gegen Rechtsextremismus“; Herausgeber: Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes, Zentrale Geschäftsstelle Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Stuttgart)

Gesetzliche Bestimmungen

Rechtsextremisten demonstrieren ihre Gesinnung oftmals in der Öffentlichkeit. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Verwendung bestimmter Zeichen, Symbole und szenentypischer Bekleidung zu, die gegen strafrechtliche Bestimmungen verstoßen können. Speziell ist auch das Versammlungsrecht berührt.

Wichtige Bestimmungen enthält auch das Strafgesetzbuch n. F. – Besonderer Teil, §§ 80 – 145 d (= Abschn. 1 – 7)

§ 86. Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen

§ 86 a. Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen

§ 129. Bildung krimineller Vereinigungen

§ 129 a. Bildung terroristischer Vereinigungen

§ 130. Volksverhetzung.

In diesem Zusammenhang sind außerdem folgende in der Öffentlichkeit weniger bekannte Paragrafen interessant:

§ 166: Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen

(1) Wer öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3) den Inhalt des religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3) eine im Inland bestehende Kirche oder andere Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsvereinigung, ihre Einrichtungen oder Gebräuche in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören.

§ 167: Störung der Religionsausübung

(1) Wer 1. den Gottesdienst oder eine gottesdienstliche Handlung einer im Inland bestehenden Kirche oder anderen Religionsgesellschaft absichtlich und in grober Weise stört oder 2. an einem Ort, der dem Gottesdienst einer solchen Religionsgesellschaft gewidmet ist, beschimpfenden Unfug verübt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Dem Gottesdienst stehen entsprechende Feiern einer im Inland bestehenden Weltanschauungsvereinigung gleich.

§ 168: Störung der Totenruhe

(1) Wer unbefugt aus dem Gewahrsam des Berechtigten den Körper oder Teile des Körpers eines verstorbenen Menschen, eine tote Leibesfrucht, Teile einer solchen oder die Asche eines verstorbenen Menschen wegnimmt oder wer daran beschimpfenden Unfug verübt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Ebenso wird bestraft, wer eine Aufbahrungsstätte, Beisetzungsstätte oder öffentliche Totengedenkstätte zerstört oder beschädigt oder wer dort beschimpfenden Unfug verübt.

Der Versuch ist strafbar.

Für weitere Informationen ist die Internetseite der Landeszentrale für politische Bildung zu empfehlen, auf der man eine Übersicht der einschlägigen Gesetze mit erläuternden Kommentaren erhält: <http://www.politische-bildung-brandenburg.de/extrem/wehrhaft.htm>.

Für den Bereich der Schule ist selbstverständlich das Schulgesetz des Landes Brandenburg besonders wichtig. Im § 4 findet das Konzept der Zivilgesellschaft, die Grundlage dieses Themenfeldes, seinen Niederschlag:

§ 4: Ziele und Grundsätze der Erziehung und Bildung

(3) Die Schule ist zum Schutz der seelischen und körperlichen Unversehrtheit, der geistigen Freiheit und der Entfaltungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler verpflichtet. [...]

(4) Die Schule wahrt die Freiheit des Gewissens sowie Offenheit und Toleranz gegenüber unterschiedlichen kulturellen, religiösen, weltanschaulichen und politischen Wertvorstellungen, Empfindungen und Überzeugungen. Keine Schülerin und kein Schüler dürfen einseitig beeinflusst werden. Keine Schülerin und kein Schüler dürfen wegen der Rasse, Abstammung, Nationalität, Sprache, des Geschlechts, der sexuellen Identität, der sozialen Herkunft oder Stellung, der Behinderung, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung bevorzugt oder benachteiligt werden. Einer Benachteiligung von Mädchen und Frauen ist aktiv entgegenzuwirken.

Aus dieser Bestimmung folgt, dass die Forderung nach Toleranz, Fairness und Gewaltfreiheit in der Gesellschaft und insbesondere in der Schule nicht beliebig ist und es nicht der einzelnen Schülerin bzw. dem einzelnen Schüler oder der Lehrkraft überlassen bleibt, ob sie bzw. er sie akzeptiert und versucht zu erfüllen. Toleranz, Fairness und Gewaltfreiheit sind gesetzlich fixierte Normen, die zwingend in der brandenburgischen Schule anzustreben sind. Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus und rechte Gewalt konterkarieren das Konzept der Zivilgesellschaft und widersprechen den demokratischen Zielen und Grundsätzen der Erziehung und Bildung. Pädagogische Arbeit muss also gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus und rechte Gewalt intervenieren, sie muss aber vor allem versuchen, durch Prävention diese destruktiven Einstellungen bei Kindern und Jugendlichen zu vermeiden.

7. Anregungen für Unterricht und Schulleben

In der Grundschule / Förderschule ist der Zugang zu dem Präventionsfeld „Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus / Antisemitismus und rechte Gewalt“ jeweils im Kapitel 2 der Rahmenlehrpläne als Beitrag des Faches zur Bildung und Erziehung in der Grundschule formuliert. Die Schülerinnen und Schüler entwickeln Kompetenzen, andere zu respektieren und anzuerkennen, mit ihnen zu kooperieren, Regeln zu vereinbaren etc.

Dabei übernehmen der Sachunterricht, der Deutsch-, Musik- und Kunstunterricht und ab der Jahrgangsstufe 5 die Politische Bildung, Geschichte, Geografie und der L-E-R-Unterricht eine zusätzliche Verantwortung

Um die Synergieeffekte zu verstärken, erscheint es sinnvoll, dass fachübergreifend in Projekten zu diesem Präventionsfeld gearbeitet wird. Dies ist bis zur Jahrgangsstufe 4 ohnehin gut möglich, da ja eine große Zahl von Fächern von einer Lehrkraft unterrichtet wird. Da sich die Moralfähigkeit in dieser Lebensphase entwickelt, sollte ein besonderer Schwerpunkt auf der Moralbildung liegen. Besonderen Wert haben auch Projekte, die sich die Entfaltung von Zivilcourage zu eigen machen. Ein gesamtes Programm oder aber auch die Arbeit mit Fällen hilft, das Herausbilden einer Urteils- und Handlungsfähigkeit zu befördern. Es ist wichtig, diese Projekte in der Sekundarstufe I fortzusetzen.

In den brandenburgischen Schulen der Sekundarstufen I und II sind Zugangsmöglichkeiten über Unterricht und Schulleben möglich und in einer Recherche in den Rahmenlehrplänen – speziell in der Sekundarstufe I – übersichtlich dargestellt. Dabei wird primär die Sachkompetenz beschrieben.

Eine grundsätzliche Unterstützung sind Präventionsstrategien, die über das Schulprogramm in Form von Mehrebenenkonzepten und Trainingsprogrammen zum sozialen Lernen und zur Entwicklung von Lebenskompetenz im Schulleben verankert werden.

Auf der individuellen Ebene bieten die Trainingsprogramme den Kindern und Jugendlichen die Qualifizierung der eigenen Kompetenzen an, die die Ich-Stärkung hervorheben. Starke Kinder, die sich selbst akzeptieren, können andere ebenso akzeptieren, und das „Fremdsein“ anderer Kulturen ist weniger beängstigend. Da „Fremdsein“ in der deutschen Kultur eher mit Angst als mit „Neugierde“ verhaftet ist, sind soziale Kontakte mit dem „Fremden“ zu organisieren, sofern der Migrantenanteil in der eigenen Schule gering ist. Auch die „fiktive“ Auseinandersetzung mit anderen Kulturen über Medien sowie reale und virtuelle Partnerschaften leisten einen Beitrag zur Toleranzbildung bei Kindern und Jugendlichen.

Eine Kultur der gegenseitigen Anerkennung und ein Umgang der Achtsamkeit der Schülerinnen und Schüler untereinander wirken auf der Ebene der Klasse bzw. Jahrgangsstufe grundsätzlich präventiv. Klassenregeln für Toleranz – von den Schülerinnen und Schülern selbst entworfen und im „Klassenrat“¹⁴ verantwortet – tragen zur Verantwortungsübernahme und zu einer konstruktiven Kommunikationskultur gegenüber Menschen, die anders sind und anders aussehen, bei. Eine Schule ohne Ausgrenzung kann vor allem über das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ erreicht werden. Dieses Projekt – das von circa 20 Schulen im Land Brandenburg – durch die Schülerinnen und Schüler getragen wird, hat eine nachhaltige Wirkung auf der Schulebene. Bei anderen Programmen, wie eine Welt der Vielfalt, Achtung+Toleranz und Betzavta, ist von der Schulkonferenz zu entscheiden, ob und in welchen Jahrgängen diese einen nachhaltigen Standort haben sollten. Diese Programme haben sich bewährt, sie sind jedoch für die besondere Situation der einzelnen Schule bzw. der Klasse zu modifizieren.

8. Medien für den Unterricht

¹⁴ Demokratie-Baustein „Klassenrat“, www.blk-demokratie.de; BLK-Programm „Demokratie lernen & leben“, 07.10.2004

Unterrichtsmaterial der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA)
(weitestgehend kostenloses Material), Ostmerheimer Str. 220, 51109 Köln,
Tel.: 0221 8992-0, Fax: 0221 8992-300, (kostenlos)
E-Mail: poststelle@bzga.de, <http://www.bzga.de>

Achtsamkeit und Anerkennung – Materialien zur Förderung des Sozialverhaltens in der Grundschule, hrsg. von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung; Bestellnummer 20 420 000

Lang, J.; Schweizer, M. (2003): „Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg!“
Rechtsradikale Propaganda und wie man sie widerlegt; Mülheim an der Ruhr

Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn unter <http://www.bpb.de> –
Online-Publikationen

Interkulturelles Lernen(1999) (kostenlos); Bestellnummer 2417

Themenblätter für die Grundschule – Grundrechte – Meine Freiheit, deine Freiheit
<http://www.bpb.de/publikationen/YZJMBA,0,Grundrechte:MeineFreiheitdeineFreiheit.html>

Themenblätter im Unterricht – Nationale Symbole
http://www.bpb.de/publikationen/XS3C2V,,0,Nr_29_Nationale_Symbole.html

Thema im Unterricht – Was heißt hier Demokratie
http://www.bpb.de/publikationen/E682NH,0,Was_hei%DFt_hier_Demokratie.html

Themenblätter im Unterricht – Zivilcourage: Eingreifen statt zuschauen
http://www.bpb.de/publikationen/5K0B6R,,0,Nr_8_Zivilcourage_Eingreifenstattzuschauen.html

Rechtsextremismus im Internet; Recherchen, Analysen, pädagogische Modelle zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. CD der Bundeszentrale für politische Bildung (Einsatz nur zur staatsbürgerlichen Aufklärung, da strafrechtlich relevantes Material enthalten ist)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

„Störenfriede“ – Medienverbundprogramm zur Prävention gegen rechtsextremistische Aktivitäten. Videofilm und Handbuch, hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

<http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Publikationen/Publikationen,did=3260.html>

Arbeitsblätter für den Unterricht

Rechte Gewalt. Kostenloses Material für den Unterricht; Themen u. a.

Rechtsextremismus - Schnee von gestern?

Lieber Skinhead Brief an einen Nazi-Skin

... nur ein stummer Schrei nach Liebe?

Wer sind und woher kommen Rechtsextreme? Was suchen Jugendliche in rechtsextremen Szenen?

Nur linke Gewalt ist rechte Gewalt?

http://www.cornelsen.de/shoah/content_toleranz/

RAA Brandenburg e. V.: Interkulturelle Beiträge 32. Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Unterricht. Projektvorstellung und Katalog mit Bildungsbausteinen (2000)

Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule,
Brandenburg e. V., Friedrich-Engels-Straße 1, 14469 Potsdam,
Telefon: 0331 74780-0, Telefax 0331 74780-20,
<http://www.raa-brandenburg.de>

download unter:

http://www.raa-brandenburg.de/images/Bildungsbausteine/Broschuere/RAA_Bildungsbausteine.pdf

Argumente gegen rechts -

<http://www.bnr.de/aktiv/argumentegegenrechts/>

„Erinnern für Gegenwart und Zukunft“, CD-ROM, Bestellung auch als Schulmehrfachlizenz, 3-464-64466-9; Cornelsen Verlag

Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (Hrsg.):
Wölfe im Schafspelz. Unterrichtsmaterial für Schülerinnen und Schüler ab 13 Jahren (Video-DVD mit Begleitheft); Stuttgart 2006

(erhältlich über die Sachgebiete Prävention in den Polizeischutzbereichen; s. a. <http://www.polizei-beratung.de/aktionen/rechtsextremismus>)

Trainingsprogramme

Das bin ich – International

Interkulturelles Lernpaket für die Arbeit mit Kindern von 4 bis 8 Jahren des A Anne Frank-Haus in Berlin; im Online-Shop als Klassensatz zu bestellen
http://www.annefrank.de/onlineshop/product_info.php/products_id/18

Das sind wir

Interkulturelles Lernpaket für die Arbeit mit Kindern von 9 bis 12 Jahren
http://www.annefrank.de/onlineshop/product_info.php/products_id/18

Das sind wir – Lesebuch

Bestandteil des Lernpakets „Das sind wir“ für die Arbeit mit Kindern von 9 bis 12 Jahren, 72 Seiten; auch getrennt zu bestellen

Das sind wir – Video

Bestandteil des Lernpakets „Das sind wir“, für die Arbeit mit Kindern von 9 bis 12 Jahren, VHS, 30 Minuten, Farbe

Literatur-Kartei: Anne Frank-Tagebuch

Materialzusammenstellung für den fachübergreifenden Schulunterricht
Verlag an der Ruhr, 91 Seiten

Projektpaket „Anne Frank“

Lernpaket für Schülerinnen und Schüler von 10 bis 14 Jahren

Kleff, S.; Seidel, E.:

Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage.

Eine Basisinitiative zur Förderung von Zivilcourage

http://www.friedenspaedagogik.de/themen/zc_lernen/154-159.pdf

Dietrich, A.: Zivilcourage: Ein Basis-Training

http://www.friedenspaedagogik.de/themen/zc_lernen/290-299.pdf

Posselt, R.-E.: Wer Courage hat, soll es zeigen ... Ein Courage-Training
http://www.friedenspaedagogik.de/themen/zc_lernen/240-259.pdf

Spangenberg, R.: „Argumentieren gegen Rechts“ – Seminare
http://www.friedenspaedagogik.de/themen/zc_lernen/260-275.pdf

Ulrich, S. u. a.: Achtung (+) Toleranz; Wege demokratischer Konfliktregelung.
Praxishandbuch für die politische Bildung inklusive CD-ROM (2001);
hrsg. v. d. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, 2. Aufl. ISBN 3-89204-823-1

Eine Welt der Vielfalt. Ein Trainingsprogramm des A WORLD OF DIFFERENCE-
Institute der Anti-Defamation League, New York, in der Adaption für den
Schulunterricht. (2001); hrsg. v. d. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, 2. überarb. Aufl.
2001. ISBN 3-89204-832-0

Ulrich, S., u. a.: Miteinander – Erfahrungen mit Betzavta – Ein Praxishandbuch für
die politische Bildung auf der Grundlage des Werks von Uki Maroshek-Klarmann,
Adam Institut, Jerusalem (2001) in der Adaption von Susanne Ulrich u. a.;
hrsg. v. d. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, 3. überarb. Aufl.,
ISBN: 3-89204-817-7

Lions-Quest-Programm „Erwachsen werden“
<http://www.lions-quest.de>

Jugendliteratur und Medien

„**Stress in der Disco**“ Rollenspiel und Typentest für Mädchen
gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus
MIC GmbH / Hotpiranja-Verlag
zu beziehen bei <http://www.hotpiranja.de>

Köster, M.: GegenPower. Zivilcourage, Mut & Engagement (2001).
München, dtv junior

Jump! – ein Film von Sven Matten zum Antirassismusprojekt von A.R.T. unter
Leitung des Bayerischen Seminars für Politik e. V. mit Unterstützung des
Pädagogischen Instituts der Landeshauptstadt München, DVD mit Begleitmaterial

Die Broschüre: „„Da hilft nur Draufhaun!?' Bücher über Gewalt und Extremismus“;
hrsg. von der Stiftung Lesen, enthält zahlreiche Medienempfehlungen für
Jugendliche zum Thema „Gewalt und Extremismus“ (0.50 €); zu bestellen bei:
mail@StiftungLesen.de oder im Internet abrufen:
<http://www.stiftunglesen.de>

9. Erweiterungsangebote

Amadeu Antonio Stiftung: „Was tun gegen Antisemitismus?“ (2005)

Bestelladresse via Internet: mut@amadeu-antonio-stiftung.de.

oder per Post an: AAS, Linienstraße 139 D-10115 Berlin.

Rademacher, H.; Wilhelm, M. (2005):

Interkulturelle Spiele für die Klassen 5 bis 10, Berlin

Hölscher, P. (Hrsg.) (1994): Interkulturelles Lernen. Projekte und Materialien für die Sekundarstufe I, Cornelsen/Scriptor, Frankfurt a. M.

Handreichung für Schule und Jugendhilfe: Übungen gegen Ausgrenzung und Diskriminierung. Service- und Informationsstelle bei Miteinander e. V.

(kostenlos), Erich-Weinert-Str. 30, 39104 Magdeburg, Tel.: 0391 62077-55,

Fax: 0391 62077-40, oder als PDF-Datei unter

<http://www.servicestelle-miteinander.de>

Kliebisch, U.(1995): Kommunikation und Selbstsicherheit. Interaktionsspiele und Infos für Jugendliche. Verlag an der Ruhr, Mülheim an der Ruhr – eine Sammlung von Interaktionsspielen zur Festigung der Toleranz und Selbstsicherheit

Kliebisch, U.(1995): Kooperation und Werthaltung. Interaktionsspiele und Infos für Jugendliche. Verlag an der Ruhr, Mülheim an der Ruhr

Lanig, J.(1996): 1000 Projekte gegen Ausländerfeindlichkeit, Rechtsradikalismus und Gewalt. AOL-Verlag, Lichtenau

Extremismus in Deutschland, Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme. Bundesministerium des Innern, Berlin Juni 2004

Die braune Gefahr in Sachsen – Personen, Fakten, Hintergründe.

Edition Sächsische Zeitung, Dresden, Oktober 2004

Tiedemann, M. (1996) : „In Auschwitz wurde niemand vergast“ – 60 rechtsradikale Lügen und wie man sie widerlegt. Verlag an der Ruhr, Mülheim an der Ruhr

Schubarth, W.: Pädagogik gegen Rechts. Möglichkeiten des Umgangs mit Rechtsextremismus in Schule und Jugendarbeit.

<http://www.media-generation.net/jugendszene/buch12.pdf>

BLK-Programm „Demokratie lernen und leben“

<http://www.blk-demokratie.de> siehe unter Materialien

Verantwortungsübernahme von Grundschulern in der Gemeinde

Die Kleine Grundschule Dippmannsdorf entwickelt und fördert mithilfe externer Kooperationspartner soziales und ehrenamtliches Engagement bei Schülerinnen und Schülern.

Der Film „Service Learning: Demokratie lernen und Verantwortung übernehmen“ von Peter Degen und Toni Stadelmann ist eine ideale Ergänzung zum Buch von Anne Sliwka und Anne Frank „Service Learning: Verantwortung lernen und übernehmen“ mit folgenden Beispielen

Klassenrat mit Chefsystem an der Neckar-Grundschule Mannheim

Hausaufgabenhilfe an der Humboldt-Hauptschule in Mannheim

Schülermitverantwortung (SMV), Klassenrat und Schülermentoren an der Eduard-Spranger-Hauptschule in Reutlingen

Die DVD und das detaillierte Booklet mit ausführlichen Informationen über die Schulprojekte kosten Euro 20.00 + Versandkosten und sind auf folgender Homepage zu bestellen, <http://www.stadeg-film.com>

Brandstätter, V.; Frey, D.; Schneider, G. (2006): Zivilcourage in Theorie und Training als Beitrag zu Werteverwirklichung und Demokratieverständnis.

Ansätze zur Förderung von Zivilcourage sind ein zentraler Aspekt von Demokratiepädagogik.

http://demokratie-schule.de/fileadmin/public/dokumente/Paper_Zivilcourage.pdf

Rosa, L.; Edler, K.: Neue Strategien und Praktiken des Rechtsextremismus.

Berlin;

http://www.blk-demokratie.de/fileadmin/public/dokumente/Rosa_Edler.pdf

Internetadressen

Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung;
Expertenforum „Rechtsextremismus“

<http://www.politische-bildung-brandenburg.de/forum/>

Weiterführende Links des Aktionsbündnisses

http://www.aktionsbueundnis.brandenburg.de/sixcms/list.php?page=link_ab_p

Arbeitskreis shoa.de e. V.: <http://www.shoa.de>

Basta – „Nein zur Gewalt“: <http://www.basta-net.de>

Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de>

Bundesamt für Verfassungsschutz: <http://www.verfassungsschutz.de>

Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt – Informationen für die Schule und die außerschulische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen: <http://www.lisum.brandenburg.de/rechtsextremismus/index.htm>

Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen (online);

<http://www.dasversteckspiel.de/Broschuere.html>

Symbole und Zeichen der Rechtsextremisten. Bundesamt für Verfassungsschutz, Köln, Januar 2004

http://www.verfassungsschutz.de/de/publikationen/rechtsextremismus/broschuere_2_0408_Kennzeichen_Symbole/

Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2004, Potsdam Mai 2005:

<http://www.verfassungsschutz-brandenburg.de/sixcms/detail.php?id=192>

10. PIT- Ansprechpartner

Regional stehen den Schulen Unterstützungsangebote für den Unterricht sowie für Elternabende am staatlichen Schulamt zur Verfügung:

Schulräte mit der Fachaufgabe in den staatlichen Schulämtern

ÜTK-Berater, RAA-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter

Gedenkstättenlehrer

Schulpsychologische Beratung

Sachgebiete Prävention in den Polizeischutzbereichen

<http://www.polizei.brandenburg.de>

Richter, Staatsanwälte und Anwälte.

Landesweit bieten überregionale externe Beratung an:

Tolerantes Brandenburg (TBB): <http://www.tolerantes.brandenburg.de>

RAA Brandenburg (Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule, Brandenburg), Friedrich-Engels-Straße 1 (Eingang: Heinrich-Mann-Allee), 14473 Potsdam; Tel.: 0331 74780-0; Fax: 0331 74780-20

E-Mail: info@raa-brandenburg.de

<http://www.raa-brandenburg.de>

Mobiles Beratungsteam, Geschäftsstelle, Friedrich-Engels-Str. 1, 14473 Potsdam

Tel.: 0331 7406246; Fax: 0331 7406247

E-Mail: mobiles-beratungsteam@jpberlin.de;

<http://www.mobiles-beratungsteam.de>

Opferperspektive – Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt in Brandenburg e. V.
Schloßstraße 1, 14467 Potsdam

Tel.: 0171 1935669

E-Mail info@opferperspektive.de

<http://www.opferperspektive.de>

Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Geschäftsstelle im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Brandenburg,

Steinstraße 104 – 106, 14480 Potsdam; Tel.: 0331 866-3570-72;

Fax: 0331 866-3574

E-Mail: aktionsbuendnis@mbjs.brandenburg.de

Brandenburgische Landeszentrale

für politische Bildung im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport,

Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam;

Tel.: 0331 866 3541; Fax: 0331 866 3544

E-Mail: blzpb@mbjs.brandenburg.de

<http://www.politische-bildung-brandenburg.de/extrem/index.htm>

Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM),

14974 Ludwigsfelde-Struveshof, <http://www.lisum.brandenburg.de>

03378 209 – 200

Ansprechpartnerin:

Ulrike Kahn

ulrike.kahn@lisum.brandenburg.de

Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, Abteilung Verfassungsschutz,
Henning-von-Tresckow-Straße 9 – 13, 14467 Potsdam, Postfach 60 11 26,
14411 Potsdam; Tel.: 0331 8662500; Fax: 0331 8662599
E-Mail: info@verfassungsschutz-brandenburg.de

Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien (MMZ),
Am Neuen Markt 8
14467 Potsdam
Tel.: (0331) 28 094-0
Fax: (0331) 28 094-50
E-Mail: moses@mmz.uni-potsdam.de
<http://www.mmz-potsdam.de>

Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg, Geschäftsstelle im
Ministerium des Innern Brandenburg, Henning-von-Tresckow-Straße 9 – 13,
14467 Potsdam; Tel.: 0331 866-2482; Fax: 0331 866-2860
E-Mail: lpr@mi.brandenburg.de
<http://www.landespraeventionsrat.brandenburg.de>

Bundesweit sind Beratungsstellen zu finden:

<http://www.projekte-gegen-antisemitismus.de/>

<http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/artikel.php?id=13&kat=13&artikelid=1889>

http://www.cornelsen.de/shoah/content_toleranz/

Startseite <http://www.erinnern-online.de>

Erinnern für Gegenwart und Zukunft –
das Toleranz-Bildungs-Portal der Shoah Foundation und des Cornelsen Verlags

<http://www.gesicht-zeigen.de/>

<http://www.zdk-berlin.de>

<http://www.netzgegenrechts.de>

Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus
Zentrum für Antisemitismusforschung
TU Berlin, Dr. Michael Kohlstruck, Ernst-Reuter-Platz 7, 10587 Berlin;
Tel.: 030 314-25838 / 25851; Fax: 030 314-21136;
E-Mail: michael.kohlstruck@tu-berlin.de
<http://www.tu-berlin.de/~zfa>.